

Vorwort des Präsidenten

Dany Gygli

Liebe Leserinnen und Leser

Am 22. September 2013 findet eine eidgenössische, eine kantonale und in Hünenberg eine kommunale Volksabstimmung statt. Es wird auf allen drei Staatsebenen über wichtige Vorlagen abgestimmt.

JA zum Baukredit für die Sanierung und Erweiterung des Oberstufenschulhauses Ehret B

Die FDP.Die Liberalen Hünenberg haben an ihrer Parteiversammlung vom 26. August 2013 mit zwei Stimmenthaltungen beschlossen, dem Baukredit für die Sanierung und Erweiterung des Oberstufenschulhauses Ehret B über CHF 21,575 Mio. zuzustimmen. Die Partei empfiehlt allen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, am 22. September 2013 ein JA in die Urne zu legen.

Das Schulhaus ist mittlerweile 40 Jahre alt und wurde das letzte Mal vor rund 25 Jahren etwas erweitert und teilsaniert. Eine komplette Sanierung, eine Erweiterung sowie eine Anpassung an die heutigen Unterrichtsmethoden und an die neuen Anforderungen des kantonalen Projekts „Sek I plus“ sind notwendig. Das vorliegende Projekt ist ordnungsgemäss und nach demokratischen Grundsätzen, Schritt für Schritt, abgewickelt worden.

Als erstes erstellte die Schulraumplanungskommission einen Planungsbericht, welcher eine Erhöhung der Klassenzahlen auf der Sekundarstufe I ausweist und die Grundlage für die Raumbedürfnisse darstellt. Am 14. Dezember 2009 stimmte die Gemeindeversammlung einem Kredit über CHF 400'000 für die Durchführung eines Projektwettbewerbs zu. Basierend auf dem Siegerprojekt bewilligte die Gemeindeversammlung am 12. Dezember 2011 einen Kredit über CHF 2,4 Mio. für die Projektierung und die Erarbeitung der Ent-

In der Regel stimmen wir über gemeindliche Vorlagen an der Gemeindeversammlung ab, daher ist es etwas ungewohnt, dass über den Baukredit für die Sanierung und Erweiterung des Oberstufenschulhauses Ehret B an der Urne abgestimmt wird. Die Grössenordnung des beantragten Kredites rechtfertigt aber dieses Vorgehen.

Bei drei eidgenössischen, fünf kantonalen und einer gemeindlichen Vorlage darf man von einem eigentlichen Abstimmungsmarathon sprechen. Es ist eine Kernaufgabe der politischen Parteien, sich mit den Vorlagen auseinanderzusetzen und Abstimmungsparolen zu fassen.

Mit dem vorliegenden Hünenberger Blatt möchten wir Sie, geschätzte Hünenbergerin, geschätzter Hünenberger, über unsere Abstimmungsempfehlungen informieren. Wir fordern Sie auf, von Ihrem demokratischen Recht der Abstimmung Gebrauch zu machen und Ihre Stimme am 22. September 2013 in die Urne zu legen.



scheidungsgrundlagen für den Baukredit. Das Kostendach für die Realisierung des Bauvorhabens wurde auf CHF 22,5 Mio. festgelegt. Daraufhin ist die Baukommission „Sanierung und Erweiterung Ehret B“ ins Leben gerufen worden. Diese Kommission setzt sich aus Vertretungen des Gemeinderats, der Schule und der Bauabteilung sowie aus Fachleuten sämtlicher Parteien zusammen. Die Kommission hat in Zusammenarbeit mit den Architekten das Projekt überarbeitet, alles „nur Wünschbare“ gestrichen und das Raumangebot den heutigen und zukünftigen Verhältnissen angepasst.

Obwohl das Projekt überzeugt, muss zur Kenntnis genommen werden, dass es seinen Preis hat. Würden alle im Finanzplan geplanten Investitionen getätigt, würde sich das Nettovermögen der Gemeinde von 8,5 Mio. bis 2018 in eine Nettoschuld von rund 26 Mio. wandeln, d.h. anstelle des heutigen Nettover-

mögens pro Kopf von 977 würde die Nettoverschuldung pro Kopf auf 2'837 ansteigen. Bedingt durch höhere Abschreibungen und Zinsen werden die jährlichen Kosten im Durchschnitt rund 700'000 betragen. Obwohl dies der FDP grosse Sorgen bereitet, ist eine Ablehnung des Baukredites für die FDP keine Option. Eine Ablehnung würde das Finanzproblem nicht lösen, sondern lediglich aufschieben und die bisher ausgegebenen CHF 2,8 Mio. für den Wettbewerb und die Projektierung nutzlos abgeschrieben werden. Ausserdem bietet das heute günstige Zinsniveau an den Finanz- und Kapitalmärkten günstige Finanzierungsmöglichkeiten.

Aus Sicht der FDP. Die Liberalen Hünenberg ist die Sanierung und Erweiterung des Oberstufenschulhauses Ehret B aus oben genannten Gründen gem. Vorlage auszuführen.

Die FDP. Die Liberalen Hünenberg sind jedoch entschieden der Ansicht, dass mit der notwendigen Realisierung des Ehret B der finanzielle Spielraum für weitere grössere Investitionsvorhaben über längere Zeit massgeblich eingeengt wird. Das zeigt der Finanzplan des Gemeinderates transparent auf. Die FDP wird sich daher mit Kräften dafür einsetzen, dass die Nettoverschuldung nach Realisierung des Ehret B innerhalb einer übersichtbaren Frist wieder substantiell reduziert wird. Hierzu ist unter anderem bei den im Finanzplan aufgeführten Projekten genau zu prüfen, ob und wann sie realisiert werden sollen. Zudem wird sich die FDP Gedanken machen, ob bei Grossprojekten eine Änderung des Verfahrens zu Kosteneinsparungen führen könnte.



Eidgenössisch

Volksinitiative

Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht

Unser Milizsystem hat sich bewährt und gehört zum Erfolgsmodell Schweiz. Mit der Aufhebung der Wehrpflicht setzen wir die Sicherheit von Land und Leuten aufs Spiel.

Empfehlung FDP Schweiz: **NEIN**

Bundesgesetz über die **Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen**

Epidemien machen vor Landesgrenzen keinen Halt. Das Umfeld von Infektionskrankheiten hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Wir sind mobiler, die Urbanisierung schreitet voran, und klimatische Veränderungen wirken sich auf die Lebens- und Umweltbedingungen aus. Unser Epidemiegesetz von 1970 bietet für die heutigen Herausforderungen keinen ausreichenden Schutz mehr.

Empfehlung FDP Schweiz: **JA**

Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel **Öffnungszeiten der Tankstellenshops**

Die heutige arbeitsrechtliche Situation von Tankstellenshops an Autobahnraststätten ist absurd. Obwohl 24 Shops rund um die Uhr geöffnet sein dürfen, müssen sie nachts zwischen 01.00 und 05.00 Uhr gewisse Teile ihres Sortiments absperren. Dieser bürokratische Nonsens führt dazu, dass Sie heute um 01.05 Uhr zwar eine Cervelat, aber keine Bratwurst kaufen können, weil Letztere roh nicht verzehrt werden kann.

Empfehlung FDP Schweiz: **JA**

Die Abstimmungen vom 22. September 2013 im Überblick



Gemeindlich

Wollen Sie dem Kredit von CHF 21'575'000.-- für die Sanierung und Erweiterung des Oberstufenschulhauses Ehret B zustimmen?

Empfehlung FDP Hünenberg: **JA**

setzen. Es definiert die Zuständigkeiten, die Schwerpunkte und die Finanzierung der Integrationsförderung. Die Integration in unsere Gesellschaft liegt aber in der Eigenverantwortung jedes Neuzuzügers auch aus dem Ausland und es ist fraglich, ob es dazu ein kantonales Gesetz braucht.

Empfehlung FDP Kanton Zug: **NEIN**

Änderung des Konkordates **Massnahmen gegen Gewalt an Sportveranstaltungen (Hooligan-Konkordat)**

Gewalt, Ausschreitungen und Sachbeschädigungen an Sportanlässen müssen entschieden bekämpft werden. Das geänderte Konkordat ermöglicht es den Behörden, gewalttätige Personen konsequent von Sportveranstaltungen fernzuhalten und die Sicherheit an den Anlässen zu verbessern. Es enthält starke Instrumente und der Straftatenkatalog wird ausgeweitet. Die Behörden können Rayonverbote erlassen, die auch in anderen Kantonen gelten. Personendurchsuchungen durch private Sicherheitsdienste und die Polizei werden einheitlich geregelt. Die Veranstaltenden sind verpflichtet, gemeinsam mit den Behörden für sichere Anlässe zu sorgen.

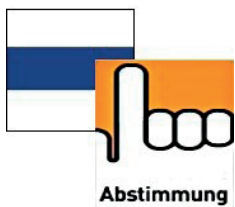
Empfehlung FDP Kanton Zug: **JA**

Verfassungsänderung **Unvereinbarkeit bei Verwandten Unvereinbarkeit für Regierungsräte**

Die Regeln über die Unvereinbarkeit bei Personen in verwandtschaftlicher Beziehung müssen angepasst werden. Sie entsprechen nicht mehr der gesellschaftlichen Auffassung von naher Verwandtschaft und sie schränken die demokratischen Rechte unnötig ein.

Die Zuger Bevölkerung erwartet zu Recht, dass sich ein Mitglied der Regierung voll und ganz für die Aufgaben im Kanton Zug einsetzt. Die neuen Regeln verhindern, dass die Mitglieder des Regierungsrates gleichzeitig auch Mitglieder des National- oder Ständerates sein können.

Keine Empfehlung.



Kantonal

Verfassungsänderung **Neue Sitzzuteilung für den Kantonsrat (Pukelsheimer)**

Der Kanton Zug muss die Sitzzuteilung für die Kantonsratswahlen anpassen, weil das Bundesgericht das bisherige System im Dezember 2010 als verfassungswidrig erklärt hat. Grund dafür ist, dass die Gemeinden als Wahlkreise unterschiedlich gross sind und deshalb nicht jede Wählerstimme das gleiche Gewicht hat. Das neue Wahlsystem gewährleistet zwar die Vertretung der politischen Gruppierungen nach ihrer Wählerstärke auf kantonaler Ebene, hat aber den Nachteil, dass u.U. eine Gemeinde nicht nach dem Willen ihrer Wähler im Kantonsrat vertreten ist.

Empfehlung FDP Kanton Zug: **NEIN**

Integrationsgesetz

Integration bedeutet, dass sich zugewanderte Menschen bei uns rasch orientieren und verständigen können. Das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) verpflichtet Bund, Kantone und Gemeinden, die Integration zu fördern. Das neue Zuger Integrationsgesetz soll dafür einen klaren Rahmen

VON ALLEN AG
TRUHANDGESELLSCHAFT
Mitglied TRUHAND | SUISSE
Mitglied S&W

IHR PARTNER FÜR:
 -UNTERNEHMENSBERATUNG
 -IMMOBILIENVERWALTUNG
 -STEUERBERATUNG
 -BUCHHALTUNG UND REVISION

CHAMERSTRASSE 44 / 6331 HÜNENBERG
 TEL. 041 785 70 30 / INFO@VONALLEN-TRUHAND.CH

Impressum

Herausgeberin: FDP. Die Liberalen Hünenberg
 Auflage: 4'500 Exemplare
 Redaktion: Bruno Briner
 Design/DTP: Rudy J. Wieser
 Satz/Druck: Druckerei im Bösch AG